

Stellungnahme der
CDU-Fraktion Ibbenbüren
zum Haushalt 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Schrameyer,

sehr geehrter Herr Kämmerer Burlage,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst möchte ich mich beim Kämmerer und bei seinem gesamten Team für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2023 bedanken!

Corona, Ukraine, Dürre, Energiekrise, Inflation und jetzt das Erdbeben – wenn man die Zeitung aufschlägt, fürchtet man fast schon automatisch, von der nächsten Hiobsbotschaft zu lesen.

Da kann selbst mir - als bekennende Optimistin - schon mal der Mut schwinden.

Aber es nützt nichts in Resignation zu verfallen, zumal es unsere ureigenste Aufgabe ist, unter schweren Rahmenbedingungen das Beste für Ibbenbüren zu erreichen.

Wir beschäftigen uns heute mit dem Haushalt, und jeder spürt: Die Zeiten werden rauer.

Der Haushaltsplan 2023 endet mit einem Millionendefizit, in Höhe von fast 8 Mio., wenn man die Isolationskosten für Corona und Ukraine zum ausgewiesenen Defizit dazurechnet – und das muss man aus Gründen der Ehrlichkeit gegenüber unseren Bürgern und Bürgerinnen tun. Die Schulden sind faktisch vorhanden. Und nur durch einen

bilanziellen Trick tauchen sie in der Bilanz nicht auf. Es handelt sich um eine Verschiebung der Probleme in die Zukunft und hat somit nichts mit Generationengerechtigkeit zu tun. Die Beachtung des Grundsatzes der Haushaltsklarheit und -wahrheit, das jedem Haushaltsverantwortlichen gelehrt wird, muss wieder mehr unser Handeln prägen.

Unser vorrangiges Ziel muss es sein, in unserer Stadt finanziell handlungsfähig zu bleiben und nicht in die Haushaltsicherung abzurutschen. Das Defizit können wir dieses Jahr noch aus der Ausgleichsrücklage nehmen, diese ist dann aber fast ganz abgeschmolzen.

Wie sieht nun der Lösungsansatz des Bürgermeisters aus?

In den letzten Wochen haben wir dazu vor allem das Klageglied der geringen Schlüsselzuweisungen und der hohen Kreisumlage gehört. Garniert wurde die Klage mit dem Hinweis, dass wir, wenn doch nur alle unsere Schüler in die Ganztagschule gehen würden, mehr Schlüsselzuweisungen bekommen würden. Das ist mal ein ungewöhnlicher Konsolidierungsvorschlag – aber immerhin - es ist einer.

Darüber hinaus fielen der Verwaltung zunächst die Erhöhung der Hundesteuer, der Vergnügungssteuer, die Erhöhung der Parkgebühren und schließlich die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer ein.

In dieser Zeit, in denen viele Bürger nicht wissen, ob und wie sie mit ihrem Geld auskommen werden; wieviel sie zukünftig für Strom, Gas oder Lebensmittel ausgeben müssen, in der die Bundesregierung die Bürger mit Milliarden unterstützt, da sind Erhöhungen der Steuern ein schlechtes Mittel der Wahl.

Das vorher von der Ampel-Regierung in Berlin verteilte Geld soll also hier vor Ort so wieder eingesammelt werden.

Festzuhalten bleibt aber auch, dass wir haushaltstechnisch in Ibbenbüren nicht in erster Linie ein Einnahme-Problem, sondern ein Ausgaben-Problem haben. Wir brauchen in diesen Zeiten eine hohe Ausgabendisziplin und müssen jede kleinste finanzielle Leistung hinterfragen.

Der Haushaltsentwurf der Stadt bleibt leider angesichts der großen Herausforderungen ideenlos. Es braucht wirksame Maßnahmen, um die Stadtfinanzen zu konsolidieren.

In anspruchsvollen Zeiten, muss sich die Verwaltung neben den Einnahmen auch die eigenen Ausgaben, zur Entlastung der Bürger und Bürgerinne, ansehen. Das Ziel sollte sein: Gleiche oder bessere Services im Standard der Wirtschaft bei gleichzeitiger Defizitkompensation durch Effizienzsteigerung.

Uns fehlen in dieser Situation neue, richtungsweisende Ansätze. Wieso nutzen wir nicht die Chancen der digitalen Transformation, um mit gleichem Personaleinsatz einen besseren Service für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen? Wir verstehen das Rathaus und die Verwaltung jedenfalls als Dienstleister für die Menschen. Und wir verstehen sie als attraktiven Arbeitgeber, der – mehr denn je – gute Bedingungen für gute Arbeit schaffen muss.

Wir sehen bei der Digitalisierung dringenden Handlungsbedarf. Es braucht eine neue und professionelle Digitalstrategie, dicht gefolgt von strukturellen und inhaltlichen Maßnahmen. Wer glaubt, mit der „Anzahl von eingescannten Dokumenten“ ist es getan, der ist mehr als 10 Jahre hinter dem aktuellen Standard unterwegs.

Dass es diese Strategie nicht gibt, zeigt der Plan, gleich sechs zusätzliche Stellen für die Bearbeitung des Wohn-geld-Plus unbefristet zu besetzen. Natürlich wird hier zu-nächst viel zusätzlicher Aufwand entstehen und dieser soll auch im Sinne der berechtigten Bürger zügig erledigt werden. Nach der Einführungs- bzw. Anfangsphase wird der Aufwand - dank der dann möglichen digitalen Erfas-sung und Verarbeitung der Daten - aber voraussichtlich deutlich geringer werden. Richtig, wäre hier, aus Sicht der CDU, die Stellen zunächst befristet einzurichten und diese – wenn möglich – langfristig auch wieder abzu-bauen.

Das führt zu einem weiteren Punkt, der im Zuge der Haus-haltsberatungen angesprochen werden muss:

Statt weiterhin Millionen Euro in die Renovierung des Rat-haus II an der Wilhelmstraße zu stecken, sollte die Verwal-tung endlich wieder zurück in die Innenstadt ziehen. Das Gebäude kann verkauft, der Verkaufserlös für die Moder-nisierung des Rathauses verwandt und die Unterhaltungs- und zusätzlichen Renovierungskosten für das Rathaus II können eingespart werden.

Aus unserer Sicht ist es nicht nur effizienter und kosten-günstiger, die Verwaltung an einen Standort zu führen, es stärkt auch unsere Innenstadt, da die Bürger und Bürge-rinnen ihre Anliegen an einem Ort erledigen können und die Mitarbeiter der Verwaltung in ihren Pausen gern gese-hene Gäste in den Geschäften und den Cafés sind.

Wo sind die Strategien und das ernstgemeinte Interesse für unsere Innenstadt? Die Beteiligung an einem Sofort-programm der Landesregierung ist das Einzige, was nach über zwei Jahren Planung und massivem Druck jetzt end-lich gestartet wird. Absolut kontraproduktiv war hier die ursprünglich vorgesehene Erhöhung der Parkgebühren um bis zu 70% ein. Das Kopfschütteln in den Fraktionen

war wohl so laut, dass diese Idee schnell ad acta gelegt wurde.

Ein gutes und preiswertes Parkplatzangebot in unmittelbarer Nähe zu den Einzelhändlern und Gaststätten ist wichtig für eine attraktive und lebendige Innenstadt. Wir fordern schon lange eine minutengenaue Abrechnung der Parkgebühren am Parkautomaten ein. Dann lohnt es sich auch, für kleine Besorgungen in die Innenstadt zu kommen. So ein Konzept hätten wir uns zur Unterstützung der Innenstadt im Zusammenhang mit der Einbringung des Haushalts gewünscht. Auch ein Konzept für die Flächen des Bodelschwingh-Geländes wäre für die Stärkung der Innenstadt von Vorteil. Der Bürgermeister hat jedoch beschlossen, sich das lieber von den Eigentümern vorschlagen zu lassen, anstatt proaktiv eigene Ideen zu entwickeln.

Die CDU-Fraktion möchte, auch in dieser für die Stadt schwierigen finanziellen Situation, eines klar sagen: Die gesellschaftlichen Akteure, Vereine und bürgerlichen Gruppen haben in der Covid-Pandemie stark gelitten und fangen nun die entstandenen gesellschaftlichen Spannungen und Probleme mühevoll wieder auf und verdienen somit Unterstützung.

Aber ist es vor dem Hintergrund der Haushaltssicherung richtig, hier und heute ein neues Familienbüro einzurichten?

In Ibbenbüren gibt es bereits viele Bausteine, die Hilfen für Familien anbieten: 11 Familiencentren, Café Känga, Frühe Hilfen und auch weitere Angebote für Familien gibt es bei den sozialen Trägern.

Das Familienbüro ist sicher eine gute gemeinte Idee. Bei der jetzigen Haushaltssituation ist es jedoch nicht abbildbar und finanzierbar. Wir können uns Extras, die in krisenfreien Zeiten auch unsere Zustimmung gefunden hätten,

schlicht nicht mehr erlauben. Hier appelliere ich auch an die anderen Fraktionen des Stadtrats: Parteipolitische Interessen müssen zurückstehen und der gemeinsame Blick für das große Ganze muss jetzt her.

Auch die folgenden Entscheidungen sind vielleicht isoliert betrachtet wünschenswert, vor dem Hintergrund des hohen Defizits in unserem Haushalt aber derzeit falsche Entscheidungen:

Das neue Zertifizierungssystem für den Neubau der Hauptschule kostet fast eine Million Euro. Nice to have – aber bei der derzeitigen Haushaltslage nicht abbildbar und finanzierbar.

„Kunst am Bau“ bedeutet für jedes neue Gebäude bis zu 100.000 € an Mehrkosten. Nice to have – aber bei der Haushaltslage nicht abbildbar und finanzierbar

Die „Schulhofleitplanung“ schlägt mit 70.000 € zu Buche. Dabei haben wir als CDU-Fraktion lediglich vorgeschlagen, in sinnvolle und dringend notwendige Aufstockung der Fahrradabstellanlagen zu investieren. Fahrradständer ja, aber eine komplette Schulhofleitplanung ist „nice to have“ und bei der Haushaltslage nicht abbildbar und finanzierbar.

Die Verwaltung rechnet uns neuerdings vor, wie viel Verwaltungskosten ein Antrag einer Fraktion kostet. Die Anfrage nach mehr Fahrradständern kostete ???€ „Nice to have“ Da fragt man sich doch, ob 14 neue Vollzeitstellen in der Verwaltung wirklich benötigt werden – oder, gibt es vielleicht doch besseres für Verwaltungsmitarbeiter zu tun, als diese Form von Beschäftigungstherapie.

Zum Schluss noch zwei wichtige Bitten an den Bürgermeister und die rot-grüne Ratsmehrheit:

Eine bürgernahe Verwaltung braucht ein offenes Rathaus. Die CDU-Fraktion möchte, dass die Bürger und Bürgerinnen auch während der Öffnungszeiten des Rathauses wieder die Möglichkeit haben, ihre Anliegen unmittelbar im persönlichen Gespräch zu klären. Die eingeführte digitale Terminvergabe wird von vielen Bürgern genutzt und hat sich bewährt, das soll auch so bleiben. Aber nicht alle Bürger und Bürgerinnen sind mit dem Medium Internet so vertraut, dass sie online einen Termin vereinbaren können. Sie sind bisher auf die Hilfe von Dritten angewiesen und somit an diesem Punkt unnötig abhängig.

Überdenken Sie den Standort der neuen Hauptschule. Lassen Sie uns statt eines großen Schulcampus beim Kepler-Gymnasium, zu dem viele Schüler mit dem Bus befördert werden müssen, auf mehrere Schulstandorte setzen. Einem im Osten der Stadt mit dem Kepler-Gymnasium und der Gesamtschule, dem Goethe-Gymnasium im Zentrum und einem Schulzentrum im Westen der Stadt mit der Realschule und der neuen Hauptschule.

Die CDU-Fraktion bedankt sich für das Gesprächsangebot des Bürgermeisters, das wir gerne angenommen haben, das aber außer bei den Steuerfragen keinerlei Konsens brachte.

Da es im vorgelegten Haushalt, wie gezeigt, außer Steuererhöhungen zur falschen Zeit, keine Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung gibt, soll es nun einen Arbeitskreis zu dem Thema geben. Unter Mitwirkung aller Fraktionen und der Verwaltung sollen Maßnahmen erarbeitet werden, die möglichst zu einem ausgeglichenen Haushalt führen werden. In dem Zuge wird zum Schluss auch über Steuererhöhungen zu sprechen sein. Aber nicht jetzt und nicht, ohne vorher eigene Einsparpotentiale zu generieren.

Fassen wir zusammen:

Die CDU wird Steuererhöhungen zu diesem Zeitpunkt nicht mittragen.

Die CDU vermisst Vorschläge und Maßnahmen zur Reduzierung des Haushaltsdefizits.

Die CDU fordert die Aufgabe des Verwaltungsstandorts Rathaus II an der Wilhelmstraße

Der CDU fehlt ein Konzept zur Stärkung der Innenstadt

Die CDU fordert eine Korrektur der Standortwahl für die Hauptschule.

Die CDU lehnt den Stellenplan mit 14 neuen Stellen ab.

Die logische Konsequenz:

Die CDU-Fraktion lehnt den Haushaltsentwurf für 2023 entschieden ab!

Herzlichen Dank und Glück auf! Bleiben Sie gesund!

Für die CDU-Fraktion Ibbenbüren

A handwritten signature in black ink, reading 'U. Sackardt'. The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

**Ulrike Sackardt
Fraktionsvorsitzende**